

EU-weite Unternehmensform sehr willkommen - insofern zügig & einfach umgesetzt

Zum Kommissionsvorschlag zum 28. Regime erklären die Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand (PKM Europe), Marion Walsmann (CDU) und Markus Ferber (CSU):

„Eine EU-weite Unternehmensform mit Onlinegründung in unter 48 Stunden ist für unsere Mittelständler eine sehr gute Sache. Denn nur mit harmonisiertem Gesellschaftsrecht wird der Binnenmarkt Realität, und nur so vereinfachen wir das Upscaling hier in Europa. Wir unterstützen den taffen Zeitplan: Die Unternehmensform soll schon Ende 2027 voll einsatzbereit sein. Allerdings sind sich Kommission und Parlament aktuell in einem ganz entscheidenden strategischen Punkt noch nicht einig: Soll wie der Kommissionsvorschlag vorsieht mittels Verordnung eine vollkommen eigenständige einheitliche Unternehmensform eingeführt werden, die in allen Mitgliedsstaaten systematisch gilt? In diesem Fall wird die Einstimmigkeit im Rat benötigt. Oder soll stattdessen eine vollharmonisierte Richtlinie mit der Einführung der „S.EU“ erhalten, wie es der Initiativbericht des Parlaments im Januar 2026 vorschlägt? Hier würde die neue Kategorie allerdings nur einen Zusatz zu bereits bestehenden nationalen Rechtsformen bieten. Wichtig ist für unsere KMU, das Ziel vor Augen zu haben: Für den deutschen Unternehmer mit der guten Geschäftsidee kommt es vor allem darauf an, dass der Gründungsprozess einfach und vollständig digital über ein einziges Portal funktioniert. Gerade für exportorientierte Start-ups ist das Priorität. Aber das reicht nicht: Dank erweitertem Digitalportal BRIS müssen Unternehmer Zertifikate & elektronische Dokumentsignaturen generieren und Digitalrechnungen stellen können. Ich setze mich als Schattenberichterstatterin für die digitale Unternehmensbrieftasche aktiv dafür ein“, so Marion Walsmann.

„Ein EU-weit einheitliches harmonisiertes Regelwerk für innovative Unternehmen ist ein drängender Schritt in die richtige Richtung. Das Parlament hatte daher bereits im Januar 2026 einen Initiativbericht zum Thema verabschiedet. Während die Kommission dazu aufruft, dass jede Unternehmensneugründung systematisch einheitlichen EU-Vorgaben zu Gründung, Sitz, Satzung, Organstruktur und Vertretung unterliegt, spricht sich das EP für einen den Mitgliedsstaaten gegenüber weniger fordernden Ansatz aus. Es will sicherstellen, dass die gute Initiative der EU-Unternehmensform nun beim dritten Versuch nicht an der benötigten einstimmigen Zustimmung der Mitgliedsstaaten scheitert. Gefordert wird daher ausschließlich ein zusätzlich zur nationalen Unternehmensform geltendes „S.EU“-Label. Für den PKM steht fest: Mittelständler brauchen wie immer schnell Klarheit. Im Rahmen der anstehenden Verhandlungen müssen wir alles daransetzen, eine gute gemeinsame Grundlage mit allen Mitgliedstaaten zu finden. Alleingänge von Mitgliedstaaten müssen abgewendet werden. Wenn nationale Umsetzungsspielräume die Vereinheitlichung verwässern, machen wir Unternehmensgründung in Europa nicht einfacher, sondern nur noch komplexer. Das 28. Regime ist eine potenziell hocheffiziente Chance, unseren Unternehmensstandort Europa wieder attraktiver zu machen - wir dürfen sie nicht verstreichen lassen. Was braucht es darüber hinaus? Die Spar- und Investitionsunion. Investoren müssen EU-weit einfach und flexibel Aktien erwerben können. Kleinteilige länderspezifische Bürokratie hat keinen Platz, wenn wir in Europa wettbewerbsfähig bleiben wollen“, so Markus Ferber.